

Parlamentarier-Kommission Bodensee

Protokoll über die 24. Sitzung am Freitag, dem 28. Oktober 2005, 10:00 Uhr Pfahlbaumuseum Unteruhldingen

Beginn: 10:06 Uhr

Schluss: 12:41 Uhr

T a g e s o r d n u n g

1. Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung S. 1
2. Begrüßung durch Museumsdirektor Dr. Gunter Schöbel S. 1
3. Kurzbericht über die Aktivitäten der IBK S. 3
4. Kurzbericht über die Arbeit des Bodenseerates S. 11
5. Grenzüberschreitender Tourismus am Bodensee – Neue Aktivitäten
– Kurzreferat: Ulrich Müller MdL, Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Internationalen Bodensee Tourismus GmbH (IBT)
– Diskussion S. 14
6. Archäologie und Wasserbau/Pfahlbauten am Bodensee als UNESCO-
Weltkulturerbe?
Kurzreferate
– Dr. Urs Leuzinger, Konservator Museum für Archäologie, Frauenfeld
– Dr. Helmut Schlichtherle, Landesamt für Denkmalpflege, Außenstelle
Hemmenhofen
Diskussion S. 28
7. Verschiedenes S. 29

Teilnehmer

Baden-Württemberg:	Peter Straub, Landtagspräsident (Vorsitzender) Veronika Netzhammer, Mitglied des Landtags Ulrich Müller, Mitglied des Landtags Franz Schuhmacher, Mitglied des Landtags Norbert Zeller, Mitglied des Landtags
Bayern:	Heidi Lück, Mitglied des Landtags Eberhard Rotter, Mitglied des Landtags
St. Gallen:	Silvano Moeckli, Kantonsratspräsident Hans Frei, Kantonsrat Martin Gehrler, Staatssekretär Manuela Bruderer, Mitarbeiterin Koordinationsstelle Außenbeziehungen
Appenzell Ausserrhoden:	Regina Dörig-Kramis, Kantonsratspräsidentin Arthur Sturzenegger, Kantonsratsvizepräsident
Appenzell Innerrhoden:	Josef Manser, Großratspräsident Ruedi Eberle, Großrat Franz Breitenmoser, Ratschreiber
Thurgau:	Renate Bruggmann, Vizepräsidentin Großer Rat Richard Peter, Großer Rat Dr. Jakob Stark, Großer Rat Dr. Roger Oechslin, Leiter Parlamentsdienst

Schaffhausen:	Susanne Günter, Kantonsratspräsidentin Charles Gysel, Kantonsrat Dr. Reto Dubach, Staatsschreiber (Vertreter der IKB) Erna Frattini, Kantonsratssekretärin
Zürich:	Hans Peter Frei, Präsident des Kantonsrates Hartmuth Attenhofer, 1. Vizepräsident des Kantonsrates Ursula Moor-Schwarz, 2. Vizepräsidentin des Kantonsrates
Fürstentum Liechtenstein:	Klaus Wanger, Landtagspräsident Ivo Klein, Landtagsvizepräsident Andrea Matt, Landtagsabgeordnete

Bodenseerat:	Dr. Robert Maus, Vizepräsident des Bodenseerates
---------------------	--

Pfahlbaumuseum:	Dr. Gunter Schöbel, Museumsdirektor
------------------------	-------------------------------------

Referenten:	Dr. Urs Leuzinger, Konservator, Museum für Archäologie, Frauenfeld Dr. Helmut Schlichtherle, Landesamt für Denkmalpflege
--------------------	---

Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT):	Edwin Weiß, Bürgermeister (Kressbronn) Daniela Pahl, Geschäftsführerin
--	---

Geschäftsstelle IBK:	Thomas Gossner, Geschäftsführer
-----------------------------	---------------------------------

Landtagsverwaltung Baden- Württemberg:	Dr. Walter Hempfer, Abteilungsleiter Parlamentsdienst Helmut Sopper, Protokollchef Wilfried Wienand, Leiter des Stenografischen Dienstes
---	--

Punkt 1

Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) begrüßt die Anwesenden, insbesondere den Bürgermeister der Gemeinde Uhdingen-Mühlhofen.

Edgar Lamm (Bürgermeister, Uhdingen-Mühlhofen) bedankt sich dafür, dass die Parlamentarier-Kommission Bodensee seine Gemeinde als Veranstaltungsort ausgesucht hat, stellt in knappen Worten die Gemeinde vor und wünscht den Parlamentariern einen guten Sitzungsverlauf.

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) ruft sodann

Punkt 2

Begrüßung durch Museumsdirektor Dr. Gunter Schöbel

auf, begrüßt den Hausherrn und bedankt sich für die Gelegenheit, in den Räumen des Museums zu tagen und anschließend eine Führung zu erhalten.

Dr. Gunter Schöbel (Museumsdirektor, Unteruhldingen) stellt zur Geschichte fest, erstmals sei um 1854 am Zürichsee klar geworden, dass es sich bei den Pfählen und Stümpfen im Wasser um Reste der vorgeschichtlichen Besiedlung der Seen handle. Diese sensationelle Entdeckung habe dazu geführt, dass heute Funde aus den Pfahlbausiedlungen in nahezu allen großen europäischen Museen zu finden seien.

Die Schweiz habe die Pfahlbaufunde auf den Weltausstellungen 1867, 1873 und 1889 präsentiert. Die Forschungen an den Pfahlbausiedlungen seien von einer Woge der

Begeisterung begleitet worden. Auch hätten deshalb große Kongresse am Bodensee stattgefunden.

Das Pfahlbaumuseum in Unteruhldingen, so Dr. Schöbel weiter, bestehe seit 1922 und finanziere sich zu 100 % aus Eintrittsgeldern. Es verfolge den Zweck, die wissenschaftliche Erforschung der Vor- und Frühgeschichte, vor allem der vorgeschichtlichen Pfahlbauten und Siedlungen im Voralpenraum, besonders des Bodenseegebiets, zu unterstützen und die Volksbildung sowie die Verbreitung vorgeschichtlicher Kenntnisse vorzunehmen. Bis heute hätten mehr als 11,5 Millionen Menschen diese Einrichtung besucht.

Seit sieben, acht Jahren habe das Museum auch die Möglichkeit ergriffen, interregional zu arbeiten. Derzeit werde hier bereits das dritte europäische Projekt durchgeführt.

Abschließend wünscht er der Tagung einen positiven Verlauf.

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) führt aus, er müsse noch die Zustimmung zum Protokoll über die Frühjahrssitzung herbeiführen. Er habe das Protokoll der 23. Sitzung vom 18. März auf der Insel Mainau allen Beteiligten zugeleitet. Änderungswünsche oder Anregungen zum Inhalt seien nicht eingegangen.

Nachdem auch in der Sitzung keine Änderungswünsche geäußert werden, stellt er die Zustimmung zum Protokoll der 23. Sitzung fest.

Punkt 3
Kurzbericht über die Aktivitäten der IBK

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) begrüßt dazu Herrn Dr. Reto Dubach, den Staatsschreiber des Kantons Schaffhausen, und erteilt ihm das Wort.

Dr. Reto Dubach (Schaffhausen, Vertreter der IBK) berichtet, die IBK sei am 28./29. September in Berlin als beispielhaftes europäisches Integrationsmodell präsentiert worden. Bei diesem Auftritt in Berlin sei es darum gegangen, die Bereiche Wirtschaft, Kultur und Bildung im Kontext der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit anschaulich darzustellen und die Bodenseeregion als Modell partnerschaftlicher Kooperation in Europa zu zeigen.

Erstmals sei bei diesem Auftritt in der Landesvertretung von Baden-Württemberg auch die neue IBK-Ausstellung gezeigt worden. Zielpublikum seien Vertreter der Botschaften, der Wirtschaft und von Stiftungen gewesen.

Zur Wintersession der Eidgenössischen Räte in der Schweiz sei im Bundeshaus in Bern vom 29. November bis zum 22. Dezember 2005 ebenfalls eine Präsentation dieser Ausstellung vorgesehen. Zu einem späteren Zeitpunkt – im Jahr 2006 – sei dann ein weiterer Auftritt der IBK in Brüssel geplant.

Der Ständige Ausschuss der Internationalen Bodenseekonferenz habe am Vortag eine Sitzung auf der Insel Reichenau abgehalten. Im Zentrum seiner Beratungen sei das weitere Vorgehen in Sachen „Weltkulturlandschaft Bodensee“ gestanden. Der Ständige Ausschuss habe dabei von einem Gutachten der Universität St. Gallen Kenntnis genommen, welches sich mit den Möglichkeiten und den Grenzen der wirtschaftlichen Entwicklung der Bodenseeregion auseinander setze, wenn sie mit dem UNESCO-Label ausgestattet werden würde. Nach diesem Gutachten sei für den Bodenseeraum durch

die Verleihung des UNESCO-Labels kein wesentlicher Mehrwert zu erwarten, sondern bestehe im Gegenteil eine gewisse Gefahr, dass die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Raums eingeschränkt werde.

Unter diesen Umständen habe der Ständige Ausschuss der Bodenseekonferenz beschlossen, seitens der IBK das Projekt „Weltkulturlandschaft Bodensee“ nicht weiter zu verfolgen und die entsprechende Projektgruppe aufzulösen. Hierbei handle es sich jedoch lediglich um einen Beschluss des Ständigen Ausschusses, der als Vorschlag an die Konferenz der Regierungschefs gehe, welche im Dezember darüber befinden werde.

Gleichzeitig habe der Ständige Ausschuss beschlossen, die weitere Entwicklung des Bodenseeleitbilds im Blick auf die neuen Herausforderungen im Bodenseegebiet – insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Kulturlandschaft, Raumentwicklung und Verkehrsinfrastruktur – anzugehen. Nach den Veränderungen der letzten 10 bis 20 Jahre solle eine Fortschreibung des Bodenseeleitbilds erfolgen. Der Ständige Ausschuss schlage den Regierungschefs für die Dezembersitzung vor, eine entsprechende Projektorganisation einzurichten.

Die IBK habe auch die Entscheidung des Bundesrats sehr begrüßt, die Pfahlbauten im Bodenseegebiet als Einzelobjekt auf die schweizerische Tentativliste für das Welterbe zu setzen.

Er berichtet, 19 Städte und Kommunen der Bodenseeregion hätten sich gemeinsam um die Internationale Gartenbauausstellung 2017 beworben. Er sehe in der IGA 2017 eine Chance, gemeinsame Probleme im Bodenseeraum nachhaltig zu lösen. Durch die Aufwertung und Entwicklung großräumiger Grünstrukturen, die Schaffung neuer Grünräume und die Sicherung ökologisch bedeutender Freiflächen solle die Region als lebenswerter Raum zukunftsorientiert weiterentwickelt werden. Darin sehe er den eigentlichen Wert des Projekts „IGA 2017“, welches auch die Unterstützung der IBK finde.

Am 21. Oktober seien in Bonn die erstellten Machbarkeitsstudien präsentiert worden. Die Resonanz auf das Projekt im Bodenseeraum sei sehr positiv gewesen. Einziger Mitbewerber um die IGA 2017 sei derzeit die Stadt Hannover. Die Entscheidung, wer die IGA 2017 ausrichten werde, solle Mitte November fallen.

Er berichtet, mit Sorge verfolge die IBK die geplanten Änderungen auf der internationalen Zugverbindung Zürich–Stuttgart. Der von den Bahnunternehmen beschlossene Abbau eines Zugpaares im IC-Verkehr zwischen Zürich und Stuttgart zum kommenden Fahrplanwechsel widerspreche den Zielen der deutsch-schweizerischen Vereinbarung von 1996 und laufe den Bestrebungen, den HGV-Anschluss der Schweiz zu verbessern, entgegen. Der Ständige Ausschuss erachte den bestehenden Zweistundentakt im Fernverkehr zwischen Zürich und Stuttgart als Mindestangebot, das nicht abgebaut werden dürfe.

Weiter erläutert der Sprecher, für den Bodensee gebe es spezielle Abgasgrenzwerte im Schiffsverkehr. Derzeit stelle sich die Frage, ob anstelle der speziellen Abgasgrenzwerte künftig die EU-Sportbootrichtlinie gelten solle. Der Ständige Ausschuss habe darauf hingewiesen, dass sich eine Arbeitsgruppe von Fachleuten aus den Mitgliedsländern und -kantonen damit beschäftige, Vergleichsdaten zu erarbeiten, um die Auswirkungen eines Wechsels von den Bodenseeabgasregeln auf die EU-Sportbootrichtlinie festzustellen. Anfang 2006 sollten die Resultate vorliegen. Die IBK werde sich anschließend mit diesem Thema erneut befassen.

Auch die Jugend finde das Interesse der IBK. Am 18. November 2005 finde in Bregenz der Zweite Internationale Bodensee-Jugendgipfel statt. Dabei solle es zu einer Begegnung der Jugend um den Bodensee kommen.

Die IBK habe veranlasst, dass ein ständiger fachlicher Austausch über die Aktivitäten und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bedrohung durch die Vogelgrippe oder eine befürchtete Pandemie stattfinde. Am 21. Oktober habe deswegen in St. Gallen ein Symposium zum Thema Vogelgrippe stattgefunden. Teilgenommen hätten Vertreter

aus den IBK-Mitgliedsländern und -kantonen. Dabei sei ein rascher und direkter Informationsaustausch vereinbart worden.

Norbert Zeller (Baden-Württemberg) fragt, in welcher Form die wirtschaftliche Entwicklung des Bodenseeraums eingeschränkt würde, wenn die Bodenseelandschaft mit dem UNESCO-Label ausgestattet würde.

Dr. Reto Dubach (Schaffhausen, Vertreter der IBK) erläutert, wenn Ergebnisse von der Universität St. Gallen präsentiert würden, dann würden selbstverständlich auch entsprechende Begründungen angeführt. Deren Bericht werde noch im Verlaufe dieses Jahres in schriftlicher Form vorgelegt. Aufgrund verschiedener Umfragen auch bei Experten sei die Universität St. Gallen zu dem Schluss gekommen, dass vor allem kurzfristig die wirtschaftliche Entwicklung des Bodenseeraums nicht zusätzlich gefördert werden könnte. Der Bodensee habe bereits heute ein sehr gutes Image, auch als Tourismusgebiet und als wirtschaftliches Gebiet, sodass das zusätzliche Label keinen höheren Nutzen bringen würde. Die wesentliche Aussage der Universität St. Gallen gehe dahin, dass der Bodenseeraum bereits auf einem sehr hohen Level sei und der Mehrwert durch ein besonderes Label nur gering wäre.

Veronika Netzhammer (Baden-Württemberg) hält es für sehr wichtig, dass die Studie der Universität St. Gallen möglichst bald zur Verfügung gestellt werde. Mit Sicherheit werde der Beschluss des Ständigen Ausschusses zumindest auf deutscher Seite zu Diskussionen führen.

Sie unterstützt nachdrücklich die Forderung, das Bodenseeleitbild fortzuschreiben.

Thomas Gossner (IBK) verdeutlicht, die Studie der Universität St. Gallen werde Mitte November dieses Jahres vorliegen. Er gehe davon aus, dass diese Studie dann auch

der Öffentlichkeit vorgestellt werde. Die Studie werde mit Sicherheit Anfang Dezember für die Konferenz der Regierungschefs in schriftlicher Form zur Verfügung stehen.

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) stellt daraufhin fest, dass Interessenten diese Studie danach bei ihrer jeweiligen Regierung anfordern könnten.

Franz Schuhmacher (Baden-Württemberg) schlägt vor, in einer Resolution zu fordern, dass auf der Zugverbindung Zürich–Stuttgart keine Einschränkungen vorgenommen werden dürften. In diese Resolution gehöre auch die Forderung nach einem zweigleisigen Ausbau der Strecke von Tuttlingen nach Horb und die Beibehaltung mindestens des Zweistudentakts auf der Strecke Zürich–Stuttgart.

Franz Breitenmoser (Appenzell Innerrhoden) betont, die Studie der Universität St. Gallen beruhe auf Umfragen im Gebiet der Schweiz, im ganzen deutschsprachigen Raum und insbesondere auch in Gebieten, in denen bereits ein Weltkulturerbe bestehe. Sie besage nicht, dass die Wirtschaft der Region unter Druck gerate, wenn der Bodensee in die Liste der UNESCO aufgenommen würde, zeige jedoch ganz klar auf, dass der Bodensee einen sehr hohen Bekanntheitsgrad habe und dass nicht erwartet werden könne, dass ein Label „Weltkulturerbe“ oder „Weltkulturlandschaft Bodensee“ diesen noch wesentlich steigern würde.

Er habe als Mitglied der zuständigen Projektgruppe intensiv das UNESCO-Projekt verfolgt. Schließlich sei die Projektgruppe jedoch von diesem Projekt abgekommen und habe die Auffassung vertreten, es sollte mehr für die Fortschreibung des Bodenseeleitbildes getan werden.

Norbert Zeller (Baden-Württemberg) hebt darauf ab, dass es unbedingt notwendig sei, vor weiteren Diskussionen die Studie der Universität St. Gallen kennen zu lernen.

Er fügt hinzu, nachdem die Regierungschefs bereits im Dezember dieses Jahres ihre Entscheidung treffen wollten, stehe die Parlamentarier-Kommission unter Zeitdruck, wenn sie an der Entscheidung mitwirken wolle. Er sehe nur zwei Möglichkeiten: Entweder werde die Studie sehr rasch zur Verfügung gestellt, sodass jeweils auf nationaler Ebene entsprechende Initiativen ergriffen werden könnten, oder die IBK solle gebeten werden, ihre Entscheidung zunächst zurückzustellen.

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) fasst zusammen, es bestehe übereinstimmend der Wunsch, das Gutachten der Universität St. Gallen möglichst rasch in schriftlicher Form zu erhalten.

Er ergänzt, er werde mit dem derzeitigen Vorsitzenden der IBK, Minister Stächele, darüber sprechen, ob die IBK bereit sei, eine Entscheidung zurückzustellen.

Dr. Jakob Stark (Thurgau) gibt zu bedenken, jedes Mitglied der Parlamentarier-Kommission könne sich informieren und bei der IBK erforderlichenfalls intervenieren. Er halte es nicht für sinnvoll, die IBK um eine Verschiebung ihrer Entscheidung zu ersuchen.

Dr. Reto Dubach (Schaffhausen, Vertreter der IBK) unterstützt die Ankündigung von Präsident Straub, mit der IBK ein Gespräch zu führen. Im Übrigen rät er dazu, die Veröffentlichung der Studie der Universität St. Gallen abzuwarten.

Silvano Moeckli (St. Gallen) ist der Auffassung, es bestehe kein zeitlicher Druck für eine Entscheidung. Zunächst solle die Veröffentlichung der Studie der Universität St. Gallen abgewartet werden. Auch die IBK müsse daran interessiert sein, dass ein von ihr gefasster Beschluss von großer Tragweite breite Unterstützung finde.

Charles Gysel (Schaffhausen) plädiert dafür, Präsident Straub solle versuchen, die IBK zu bewegen, ihre Entscheidung zu verschieben, zumal nach seiner Überzeugung kein Zeitdruck bestehe.

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) wirft die Frage auf, ob die Parlamentarier-Kommission Bodensee der Anregung folgen wolle, eine Resolution zu verabschieden, die den zweigleisigen Ausbau der Strecke von Tuttlingen nach Horb und mindestens den Zweistudentakt auf der Strecke Zürich–Stuttgart fordere.

Eberhard Rotter (Bayern) ist mit der Verabschiedung einer solchen Resolution grundsätzlich einverstanden, legt allerdings Wert darauf, dass darin dann auch die Strecke Zürich Richtung München erwähnt werde. So sei die Entscheidung über die Elektrifizierung der Strecke München–Memmingen–Lindau noch nicht gefallen. Die Schweiz habe durch Bundesgesetz 75 Millionen Schweizer Franken – befristet bis zum Jahr 2010 – angeboten. Es gehe darum, dass der Bund dieses Angebot annehme – wenn nicht unmittelbar, dann über den Freistaat Bayern, der es dann an die Bahn weiterleite –, um eine bessere Wirtschaftlichkeit dieser Strecke sicherzustellen.

Auf Frage von **Ulrich Müller (Baden-Württemberg)** präzisiert **Franz Schuhmacher (Baden-Württemberg)**, der Zweistudentakt auf der Strecke Zürich–Stuttgart könne nur sinnvoll aufrechterhalten werden, wenn das Teilstück zwischen Horb und Tuttlingen zweigleisig ausgebaut sei.

Eberhard Rotter (Bayern) bemerkt auf eine weitere Frage, bei der Strecke München–Memmingen–Lindau gehe es um die Elektrifizierung und einen abschnittswisen zweigleisigen Ausbau, um die Kapazität zu erhöhen.

Ulrich Müller (Baden-Württemberg) fügt hinzu, in die Resolution müsste auch die Forderung nach einer Elektrifizierung der Strecke Friedrichshafen–Ulm aufgenommen werden.

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) fasst zusammen, dass in der Resolution drei Strecken angesprochen werden müssten:

Erstens: Zürich–Stuttgart; zweigleisiger Ausbau, wo das zweite Gleis fehlt, und mindestens Zweistundentakt.

Zweitens: Singen–Lindau–München;

a) zweigleisiger Ausbau, wo das zweite Gleis fehlt,

b) Elektrifizierung.

Drittens: Südbahn Lindau–Friedrichshafen–Ulm; Ausbau der Strecke Lindau–Friedrichshafen und Elektrifizierung der Strecke Lindau–Friedrichshafen–Ulm.

Er schlägt vor, seitens der Verwaltung des Landtags von Baden-Württemberg die Resolution zu formulieren und den jeweiligen Präsidenten zuzuleiten. Wenn innerhalb einer Woche kein Widerspruch erhoben werde, werde die Resolution veröffentlicht.

Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung. (Der erarbeitete Resolutionsentwurf ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.)

Punkt 4
Kurzbericht über die Arbeit des Bodenseerates

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) begrüßt den ehemaligen Landrat und ehemaligen Landtagsabgeordneten Dr. Robert Maus, der als Vizepräsident des Bodenseerates den Bericht erstattet.

Dr. Robert Maus (Bodenseerat) führt aus, der Bodenseerat habe sich intensiv mit der Frage der Errichtung eines Kompetenzzentrums zur Mikro- und Nanotechnik in der Euregio Bodensee befasst. Die IBK habe das Wirtschaftsministerium sowie das Wissenschaftsministerium des Landes gebeten, dieses Thema vorzubereiten. Die beiden Ministerien hätten die Kommissionen „Wissenschaft“ und „Wirtschaft“ der IBK eingeschaltet. Die Kommissionen hätten ein Hearing vorbereitet, an dem der Bodenseerat mit einem Fragebogen beteiligt gewesen sei. Die Auswertung des Fragebogens habe ein großes Interesse ergeben, Mikro- und Nanotechnik in den Forschungsstätten in Friedrichshafen, in Singen, in Schaffhausen und in Dornbirn auszubauen.

Die Fragebogenauswertung sei für den Bodenseerat enttäuschend gewesen, weil sie verzerrt wiedergegeben worden sei. Diese Verzerrung habe dazu geführt, dass die beiden Kommissionen vorgeschlagen hätten, in der Euregio Bodensee mit der Universität in Konstanz und der ETH in Zürich sowie der Fachhochschule in Dornbirn ein Kompetenzzentrum für die praktische Anwendung zu bilden und die wissenschaftliche Forschung abzulehnen. Beide Kommissionen hätten beschlossen, an der St. Gallener Hochschule am Lehrstuhl von Professor Fahrni nur eine Informationsstelle einzurichten. Der Bodenseerat kämpfe dafür, dass dieses Ergebnis verbessert werde. Denn Wirtschaft und Wissenschaft hätten ein großes Interesse an Mikro- und Nanotechnik. So könnten beispielsweise medizinische Instrumente mit Hilfe der Nanotechnik erheblich verbessert werden.

Der Bodenseerat plädiere dafür, nicht nur ein Informationszentrum in St. Gallen zu errichten, sondern eine Plattform zu schaffen – etwa bei der Steinbeisstiftung oder bei anderen bestehenden Institutionen –, um in der Euregio Bodensee eine Bündelung zu erreichen. Dies sei gerade in der ökologisch empfindlichen Landschaft am Bodensee wichtig.

Am 2. Juli dieses Jahres habe in Überlingen die Vollversammlung des Bodenseerates mit dem Hauptthema Tourismus stattgefunden.

Die IBT sei in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Inzwischen habe der Arboner Stadtammann den Vorsitz übernommen.

Nunmehr sei es einhellige Meinung, dass der Tourismus in der Region nur mit dem Namen „Bodensee“ ohne Zusatz werben könne. Die Marke „Bodensee“ genieße hohen Bekanntheitsgrad. Diese Auffassung des Bodenseerates stehe allerdings im Widerspruch zu Initiativen des derzeitigen Landrats. Dieser habe ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Bezeichnung „Bodenseeland, United Innovation“ empfehle.

Als weiteres Thema beschäftige den Bodenseerat die Nagra-Absicht, in Benken ein Atomendlager zu bauen. Der Bodenseerat habe angefragt, ob die beiden anderen möglichen schweizerischen Standorte im Schweizer Jura, die in einem Gutachten genannt würden, mit der gleichen Intensität untersucht worden seien und, wenn ja, mit welchem Ergebnis. Der Bodenseerat habe die Antwort erhalten, diese Standorte seien zwar untersucht worden, zwar nicht mit derselben Intensität, aber mit demselben Ergebnis, dass auch der dortige Opalinuston für das Endlager geeignet wäre.

Der Bodenseerat sei eingeladen worden, die anderen Standorte zu besuchen. Ein Termin für einen solchen Besuch stehe noch nicht fest, doch werde der Besuch mit Sicherheit stattfinden.

Der Bodenseerat habe vor kurzem ein Referat eines Baseler Professors über die wirtschaftlichen Chancen der Bodenseeregion angehört. Darin sei auf einen Artikel in der

Zeitschrift „manager-magazin“ verwiesen worden, wonach die Bodenseeregion eine klassische Region für nicht schmutzende Wirtschaft sei. Dies komme der Forderung des Bodenseerates entgegen, eine Verbindung zwischen der Universität Konstanz, der ETH Zürich und der Universität St. Gallen herzustellen. Dies gelte auch für die Mikro- und die Nanotechnik.

Inzwischen habe der Minister im Staatsministerium und für europäische Angelegenheiten des Landes angeregt, aus der Region um Offenburg herum eine eigene Modellregion Europas zu machen. Dies ginge dann zulasten der Region Bodensee. Dieses Thema werde im Bodenseerat noch intensiv diskutiert werden.

Den Bodenseerat beschäftige nach wie vor auch der Flughafen Zürich. So verfolge er intensiv das offensichtliche Vorhaben der noch im Amt befindlichen deutschen Bundesregierung, die Skygard weiterhin damit zu beauftragen, den süddeutschen Luftraum zu überwachen.

Er berichtet weiter, die Arbeitsgruppe „Sport“ des Bodenseerates habe die Schirmherrschaft über einen Megathlon am Bodensee übernommen. An diesem Ereignis hätten mehr als 3 000 Teilnehmer mitgewirkt.

Die Situation in der Landwirtschaft habe sich entspannt. Die Schweiz habe beschlossen, eine der Subventionen für die Schweizer Landwirte zu streichen. Die deutschen und die Schaffhausener Landwirte hätten sich privat auf ein Stillhalteabkommen geeinigt. Schweizer Landwirte pachteten und kauften derzeit nicht in Deutschland.

Erfreulicherweise beginne die Internationale Hochschulrektorenkonferenz, die für fünf Jahre mit 3 Millionen € ausgestattet worden sei, Projekte am Bodensee in Angriff zu nehmen. Dazu könnten auch Projekte aus der Mikro- und Nanotechnik sowie die Fortschreibung des Bodenseeleitbildes und ein Gutachten über den Ausbau des Schienenverkehrs gehören.

Punkt 5

Grenzüberschreitender Tourismus am Bodensee – Neue Aktivitäten

- **Kurzreferat: Ulrich Müller MdL, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Internationalen Bodensee Tourismus GmbH (IBT)**
- **Diskussion**

Ulrich Müller (Baden-Württemberg) trägt wörtlich vor:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will zunächst an den Vortrag von Herrn Schützing, der hier im Februar 2004 gehalten worden ist, anknüpfen. Alles, was er damals zum Tourismus gesagt hat, ist nachlesenswert, nach wie vor richtig und einfach informativ. Ich befasse mich hier jetzt eher mit der IBT als solcher, das heißt mit der Einrichtung, damit ich nicht denselben Vortrag noch einmal halte. Er ist nicht zu toppen, um das einmal so zu sagen.

IBT – Internationale Bodensee Tourismus Gesellschaft –, einmal ganz vorsichtig formuliert, eine Werbegemeinschaft, die es in dieser Art seit 1999 gibt, die im Prinzip aus zwei Trägervereinen gebildet wird: dem Tourismusverband Bodensee-Oberschwaben auf der einen und dem Internationalen Bodensee Verkehrsverein – einer altehrwürdigen Einrichtung, die seit über 100 Jahren besteht – auf der anderen Seite. Hinter diesen beiden Gesellschaften stehen im Prinzip in der Größenordnung rund 150, 160 Kommunen rund um den See und eine Reihe von größeren Destinationen oder größeren Leistungserbringern im touristischen Bereich.

Von außen betrachtet, muss man spontan sagen – und wenn eine Einrichtung über 100 Jahre alt ist, dann bestätigt sich das auch –: In einer Situation, wie wir sie hier am See haben, muss man für den See insgesamt werben. Diesen Satz wird jeder unterstreichen. Gemessen daran sind die Probleme, die wir haben, mit einem gemeinschaftlichen Bewerben des Sees doch bemerkenswert. Die Probleme gibt es nach wie vor. Ich werde sie dann beschreiben.

Wir stehen heute vor der Frage – nachdem wir die Sanierung, die Turbulenzen im Prinzip hinter uns gelassen haben, nachdem wir die Schulden im Wesentlichen, zu einem ganz hohen Prozentsatz, zu über 90 % abgebaut haben –: Starten wir durch in eine neue Perspektive? Oder bleiben wir in der Größenordnung, in der wir bisher gewesen sind? Das ist im Prinzip, im Kern die Situation.

Ich darf auch hier schon sagen: Ich bin bei dieser Frage eindeutig auf Seiten derjenigen, die grundsätzlich für das Durchstarten – nicht rasend und nicht übertrieben – sind. Ich bin für jede Unterstützung, damit beispielsweise auch für die Unterstützung durch die Parlamentarier-Kommission Bodensee, dankbar.

Tourismus heißt erstens ungefähr 10 % des Bruttosozialprodukts rund um den See. Das ist schon ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Und das heißt zweitens auch Lebensqualität für die Bewohner des Sees. Denn jede touristische Gegend ist immer auch schön für die, die das Glück haben, hier sowieso die ganze Zeit zu wohnen. Es ist einfach ein ganz anderes Angebot an den unterschiedlichsten Dingen – ob das jetzt Thermalbäder oder Hotellerie oder was auch immer sind –, wenn man in einer touristischen Gegend wohnt.

Aus dem Vortrag von Herrn Schützinger will ich einige wenige Punkte, weil sie für die Frage: „Was kann man in der gemeinsamen Bodenseewerbung machen? Wo stehen wir da?“ wichtig sind, in aller Kürze rekapitulieren.

Erstens: Bekanntheit. Der See ist in der Tat bekannt. Er ist auch als touristische Gegend bekannt. Ich füge aber jetzt gleich hinzu – auch etwas in Anspielung auf das, was wir vorhin einmal unter dem Stichwort „Weltkulturerbe“ erörtert haben –: Es gibt auch andere, die bekannt sind. Das heißt, wir stehen im Wettbewerb. Der See verkauft sich schon ein Stück weit allein, einfach weil er gut und so bekannt ist. Aber darauf zu vertrauen, dass er sich nur alleine verkauft, das kann man in einem so volatilen Markt, wie das der Tourismus ist, nicht erwarten.

Zweitens: Wenn man sich fragt: „Was ist eigentlich der Witz am Bodenseetourismus? Was unterscheidet ihn von anderen? Was sind die Merkmale?“ – man muss ja dann auf ganz wenig ein dampfen –, dann würde ich sagen: Es ist die Mischung aus Wasser, Vielfalt und Qualität. Das macht den Reiz des Bodensees aus, diese unglaubliche Fülle von ganz unterschiedlichen Dingen. Ich will die nicht beschreiben. Wir alle sind aus der Gegend. Man muss nur einmal versuchen, sozusagen dieses komplexe Gebilde – was ist eigentlich für einen Touristen das Bodenseegebiet? – auf ganz wenige Begriffe zusammenzufassen. Dann, glaube ich, kommt man dazu.

Drittens: Ich möchte festhalten, dass es bei allen Unschärfen, die es gibt, doch so etwas wie ein Leitbild – jetzt innerhalb des Selbstverständnisses – des Bodenseetourismus gibt. In aller Vorsicht, aber es geht um Qualität, es geht um Maßstäblichkeit.

Es geht darum – jetzt komme ich schon zu einem vierten Punkt –, sich beispielsweise nicht einseitig zu profilieren, sowohl was die Gäste anbelangt, als auch was die Angebote anbelangt. Es geht also nicht nur um Wellness, es geht nicht nur um die – was weiß ich – Familienväter ab 50 mit Anhang oder so, auch nicht umgekehrt nur um die Jungen, sondern es geht um alle mit einem komplexen Angebot. Genau das ist ja die Stärke der Region, dass sie für jeden etwas hat, von der Gesundheit über Kultur, über Geschichte, über Natur, über Alpen und, und, und.

Wir haben also eine unglaubliche Chance, aber natürlich unter Marketinggesichtspunkten auch ein gewisses Problem. Wären wir völlig eindimensional, könnten wir vielleicht etwas leichter bewerben, aber wir hätten ein schlechteres Produkt. Lieber habe ich aber ein gutes Produkt und ein bisschen ein Problem mit der Werbung. Aber ich muss dann immerhin etwas dafür tun.

Wir haben keine touristische Zielgruppe. Wir haben ein gewisses Gefühl für Qualität des Angebots, und das passt zu einem weiteren Stichwort, das Herr Schützinger seinerzeit gegeben hat, nämlich „Der multioptionale Gast“. Kein Gast bei uns weiß, dass er multioptional ist, aber er ist es. Das heißt, er will vieles, und er fährt herum. Wenn einer erst

einmal hier ist, dann dient er nicht nur dem Standort, an dem er sich gerade aufhält – weil er da jetzt als Hotelgast oder so etwas Geld hinterlässt –, sondern dann springt er sozusagen die ganze Zeit in der Gegend herum. Jeder hat etwas von einem Gast, der bei uns ist.

Diesen multioptionalen Gast zu befriedigen, zu bedienen ist wichtig. Wir haben es mit einem Gast zu tun, der – wie wir das aus anderen konsumnahen Bereichen wissen – die Bequemlichkeit schätzt, Convenience, Dienstleistungskette, den man ein Stück weit an die Hand nehmen sollte, dem man das Geschäft – was weiß ich; das Geschäft, dass er von A nach B kommt, das Geschäft, wie er bucht, das Geschäft, Überblick und Information zu erhalten – erleichtern sollte. Man muss die Dinge sozusagen aufbereiten, mundgerecht machen.

Schließlich haben wir es mit einem Gast zu tun – auch das ein allgemeiner Trend –, der sich immer kürzer entscheidet und immer kürzer bleibt.

Wenn man das zusammennimmt, muss man sagen: Die allgemeinen Trends, die wir im Tourismus haben, passen zu dem Angebot, das wir bieten – Vielfalt, Qualität, schnell kommen, schnell gehen –, ziemlich gut. Also, da liegen Chancen, die entsprechend entwickelt sein wollen. Da setzt jetzt genau die Frage an: Wie kann eine Werbegemeinschaft oder wie kann ein Marketing für den Bodensee insgesamt aussehen?

Dabei gibt es eine Reihe von Problemen. Das erste Problem ist zunächst einmal ganz simpel: Wir haben einen Beinahe-Konkurs hingelegt. Das ist für diejenigen, die in der IBT Mitglied sind, natürlich ein Schock gewesen. Bemerkenswerterweise hat man in der Stunde der größten Not aber die klügste aller Entscheidungen getroffen, nämlich den „Laden“ nicht in Konkurs gehen zu lassen und das zum Problem der Gläubiger zu machen. Das wäre sozusagen die „Brutalvariante“: „Na, ist halt. Entschuldigen wir uns, indem wir das Ding in Konkurs gehen lassen.“ Man hat sich stattdessen aus zwei Erkenntnissen heraus aus dem Konkurs befreit. Die erste Erkenntnis war: Wir können es uns eigentlich als öffentlich-rechtliche Gesellschafter nicht erlauben, den Gläubiger mit

seinem Problem schlicht allein zu lassen. Die zweite Erkenntnis: Würden wir jetzt diese Institution fallen lassen, bräuchte man Jahre, bis es wieder eine neue Einrichtung gäbe. Und jeder hat gesagt: Eigentlich muss es diese Institution ja schon geben.

Deswegen hat man in den letzten Jahren den Beitrag verdoppelt und mit den doppelten Beiträgen im Prinzip die Verschuldung nahezu auf null gebracht.

Zu gleicher Zeit bleibt natürlich sozusagen psychologisch etwas zurück: „Um Gottes willen! IBT, das war doch die Institution, bei der wir jetzt jahrelang umsonst den doppelten Beitrag gezahlt haben.“ „Umsonst“ heißt: Nicht für die eigentlichen Aufgaben, sondern zur Abwicklung von alten Schulden. Diese Grundskepsis und die Vorsicht, die darin dann stecken, begleiten uns. Seinerzeit mussten wir auch heilige Eide ableisten, dass man in dem Moment, in dem die Schulden abgebaut sind, zu den alten Mitgliedsbeiträgen zurückkehrt.

Jetzt haben wir die wunderschöne Situation, die man mit dem Sprichwort umschreiben kann: „Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.“ Das heißt, die Tatsache, dass die IBT in einen Beinahe-Konkurs gekommen ist, zeigt ja, dass sie strukturell unterfinanziert ist, dass gemessen an dem, was wir eigentlich tun sollten, dem, was wir tun könnten, was eine Reihe von Mitgliedern auch von uns erwarten, schlicht das Geld nicht vorhanden ist. Vor dieser Situation stehen wir heute.

Aber wir haben nicht nur ein Finanzproblem, sondern wir haben zu gleicher Zeit noch einige andere Fragen zu klären. Ich kann Ihnen im Moment sozusagen nur eine Problemübersicht geben, aber noch keine Lösungsübersicht.

Um einmal ein Gefühl für den Haushalt der IBT zu bekommen: Wir finanzieren uns zu ungefähr 260 000 € aus ganz simplen Mitgliedsbeiträgen. Bei 160 Gemeinden, die Mitglied sind, können Sie sich ungefähr vorstellen, wie hoch der Beitrag pro Gemeinde ist. So wahnsinnig hoch kann er nicht sein. Man kommt relativ schnell darauf, wenn man dividiert: ein paar Tausender. Gut, was ist das? Entschuldigung! Das muss ich wirklich

sagen: Was sind ein paar Tausender bei der Wirtschaftsförderung? Gar nichts! Deswegen: Na ja, auch ein bisschen mehr wäre immer noch nichts.

Also erstens 260 000 € Mitgliedsbeiträge. Übrigens vielleicht auch noch eine Information, die wenig bekannt ist: Wir bekommen aus dem Schweizer Raum nur 16 000 € Mitgliedsbeiträge, aus dem Vorarlberger Raum auch nur 16 000 €. Das heißt, im Wesentlichen ist das eine deutsche Veranstaltung – nicht weil wir uns vordrängten, sondern weil man uns den Vortritt lässt.

Hinzu kommen dann 120 000 € aus dem Landeshaushalt von Baden-Württemberg. Damit haben wir 380 000 €. Es wäre schön, wenn andere Gebietskörperschaften – beispielsweise ein Bundesland Vorarlberg oder die Kantone – sich ähnlich engagieren würden. Das ist aber bislang nicht der Fall.

Dann kommen eine Reihe von Finanzquellen hinzu, die insgesamt zu einem Etat in der Größenordnung von, ganz grob gesagt, 800 000 € führen, die sich aus bestimmten Aktivitäten, aus Maßnahmen ergeben. Dazu gehört die Bodensee-Erlebniskarte, die übrigens ein glänzendes Instrument ist und genau zu dieser Situation des multioptionalen Gastes passt, der also, wenn er angekommen ist, sich auf Achse begibt und dieses und jenes besucht, sich etwas anschauen will.

Wir haben noch dazu die glückliche Situation, dass viele dieser Destinationen über den See – sprich die Schifffahrt – sehr leicht erreichbar sind. Das heißt also: Man kommt gut – wie soll man sagen? – und in einer touristischen Weise durch ein Urlaubserlebnis von A nach B. Durch Aktivitäten auf diesem Gebiet erzielen wir bestimmte Einnahmen. Wenn wir bestimmte Messeaktivitäten entfalten, wenn wir bei Tourismusmessen sind, dann kann es bei den Gemeinden, die den gemeinsamen Messeauftritt zusammen mit der IBT abwickeln, zu zusätzlichen Einnahmen kommen.

So viel zur Finanzsituation, die wir im Moment haben.

Wir haben bei der Bodensee-Erlebniskarte gewisse Probleme. Ich beschreibe die einmal ganz simpel. Die Bodensee-Erlebniskarte heißt: Du kannst 190 unterschiedliche Ziele benutzen, also in Anspruch nehmen, und zwar kostenlos. Du musst einmal 55 € für drei Tage oder so ähnlich bezahlen, und dann kriegst du alles, was jetzt an Angeboten auf der Karte steht, kostenlos. In drei Tagen kann ich aber nicht 190 Ziele abdecken; also werden es nur wenige sein.

Aber einer ist immer dabei: Das ist die Bodenseeschifffahrt. Zunächst fährt man gerne mehrfach „Schiffle“, aber man geht nicht unbedingt mehrfach zu irgendeinem Ziel. Selbst auf die Mainau, die sozusagen zum Standardprogramm gehört, geht man in der Regel innerhalb von drei Tagen nur einmal. Das würde ich jetzt einmal annehmen. Aber mit dem Schiff fährt man öfter, weil man von A nach B oder von B nach C will usw. Also gibt es ein gewisses Problem des Einnahmeausfalls bei der Schifffahrt. Dieses Problem müssen wir bereinigen, und zwar möglichst nicht dadurch, dass wir den anderen von den 190 etwas nehmen, sondern dadurch, dass wir das ein bisschen anders gestalten. Das sei nur einmal angedeutet.

Das heißt also: Eines der besten Marketinginstrumente, das wir haben, und auch eines der Dinge, die uns vonseiten der IBT finanziell hilft, ist nicht völlig stabil, sondern bedarf noch einer Stabilisierung.

Was haben wir sonst für Probleme? Wir haben natürlich das Problem, dass die Interessen rund um den See heterogen sind und dass bei einem kollektiven Gut, wie das ja oft der Fall ist, jeder denkt, dass er der Dumme dabei sei, dass er nur seinen Beitrag zahlt und der andere etwas davon hat. Das ist ja eine typische Situation.

Bei einem kollektiven Gut gibt es einen zweiten Mechanismus: „Mensch, wenn ein paar etwas tun, ist das ja prima, aber die tun das auch ohne mich. Ich profitiere davon, auch wenn ich nichts tue.“ Das ist also der Trittbrettfahrer.

Ein drittes Problem neben der Skepsis ist die Frage: Was ist eigentlich Bodenseegebiet? Wo hört das auf? Das ist nicht nur eine simple Ja-Nein-Entscheidung: Zähle ich

mich jetzt noch zum Bodenseegebiet? Man kann vielmehr sagen: Je weiter weg, desto eher halt nicht mehr. Das ist also ein gradueller Prozess. Muss sich das nicht auch bei den Beiträgen ausdrücken? Wenn ich unterschiedlich profitiere, muss ich dann nicht auch einen unterschiedlichen Finanzbeitrag leisten?

Wir haben in der ganzen Turbulenz der letzten Jahre natürlich auch Austritte gehabt. Die meisten sind wieder eingetreten. Aber Skepsis und die Zweifel daran, wie es weitergeht, sind uns erhalten geblieben. Ich bin heute Nachmittag beispielsweise bei den Hegau-Gemeinden.

Das ist also – nennen wir es einmal so – der westliche Teil des Kreises Konstanz. Da ist sozusagen noch etwas nachzuholen.

Im Wesentlichen sind uns die bayerischen Kommunen von der Fahne gegangen. Da könnte man auch noch ein bisschen etwas tun. Es ist ein Unding, dass die Stadt Lindau nicht mehr dabei ist. Wenn es eine Bodenseegemeinde gibt, dann ist es doch die, die im Bodensee liegt. Das ist unbestritten. Wie soll ich irgendjemandem erklären, dass er – was weiß ich – in Ravensburg oder im Kreis Sigmaringen bei der IBT Mitglied sein soll, wenn Lindau das nicht ist? Das ist einfach unmöglich. Das muss man sagen.

Wir haben Probleme bezüglich der Reichweite der IBT und auch der Qualität der Bindung an den See. Eine Überlegung geht beispielsweise dahin, dass wir in Zukunft bei der Beitragsstruktur eine Entfernungskomponente unterbringen. Je weiter einer weg ist, desto weniger muss er dann bezahlen, weil er nicht mehr so viel davon hat. Das ist eigentlich relativ logisch. Aber wenn ein paar weniger zahlen müssen, weil sie weiter weg sind, müssen ein paar andere mehr zahlen, die näher dran sind. Und da sind wir schon wieder beim Bürgermeister Lamm – das als Beispiel.

Dann haben wir konstruktive Probleme. Diese zwei Trägervereine und 160 Mitglieder, das ist alles ein bisschen diffus. Wenn wir weniger große Mitglieder hätten, wäre dies etwas leichter zu handeln, als es so der Fall ist.

Kurz und klein: Eine Fülle von inneren Fragen, Strukturfragen, die wir neben Inhaltsfragen klären müssen, nämlich neben dem eigenen Geschäft: Was machen wir in der Bodenseewerbung? Das ist die zentrale Aufgabe. Beide Fragen – nämlich die Strukturfragen und damit auch der finanzielle Spielraum – müssen neben den inhaltlichen Angelegenheiten geklärt sein.

Was ist sozusagen Dauergeschäft der IBT? Zunächst einmal kann man einfach sagen: Es ist ein bestimmter Prospektservice, es ist eine bestimmte Telefonauskunft, es ist ein bestimmtes Mitwirken an Messen, also touristischen Messen, und es ist die Bodensee-Erlebniskarte. In letzter Zeit sind zwei Dinge dazugekommen: Auf der einen Seite das Logo. Wir haben uns in der Tat entschieden, ein Logo zu präsentieren, das nur den Bodensee als solchen dokumentiert. Es ist ein Logo, von dem wir hoffen, dass es nicht nur die IBT benutzt, sondern all diejenigen, die mit dem Tourismus am Bodensee etwas zu tun haben. Das heißt, es wäre schön, wenn die Mainau dieses Logo auf ihrem Prospekt hätte. Gleiches gilt für die Bodenseeschiffbetriebe, für die Pfänderbahn, die Säntisbahn etc. Das wäre eine gute Sache. Und wenn es nichttouristische Mitnutzer gibt: Wir erheben keinen Anspruch darauf, das Copyright nur gegen Bezahlung abzugeben. Ein solches Logo sollte sich vielmehr schlicht am Markt durchsetzen.

Das war die Diskussion, die Herr Dr. Maus im Verhältnis zur Bodensee-Landgeschichte kurz angesprochen hat. Ich halte nicht so wahnsinnig viel davon. Jedenfalls ist das für uns, touristisch gesehen, ziemlich witzlos. Ich könnte mir vorstellen, dass sich unser Logo durchsetzt, weil es eigentlich sehr neutral und zurückhaltend ist, weil es klassisch ist. Es hat gar keinen besonderen intellektuellen Anspruch. Man muss es nicht lange erklären. Vielleicht ist es deswegen auch für vieles verwendungsfähig. Das ist also das eine, was wir in der letzten Zeit gemacht haben – im Prinzip bereits ohne vorherige Klärung der Finanzfragen. Das Logo gibt es ja auch nicht umsonst.

Das Zweite, was wir gemacht haben: Mittlerweile gibt es eine zentrale Internetbuchungsmöglichkeit über verschiedene Bestellsysteme. Da gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Wir haben dafür sozusagen ein Dach geschaffen. Das ermöglicht, soweit

man heute überhaupt über das Internet buchen kann, eine gemeinsame Buchung. Wenn einer allerdings noch nicht drin ist, schaffen wir das auch nicht. Wir sind nicht besser als die Summe unserer Mitglieder. Aber wir haben dieses Dach geschaffen.

Zum Schluss vielleicht noch eine Bemerkung: Wir haben eine Reihe von Ideen im Kopf, wie man das Bodensee-Marketing verbessern kann. Wir wissen aber von vornherein, dass ein massives Marketing auch massiv Geld kosten wird. Deswegen sind wir zur gleichen Zeit auf der Suche nach Bündnispartnern, die uns das Geschäft ein Stück weit erleichtern, dass wir quasi eine Win-win-Situation oder ein „Do ut des“ herstellen, wie immer man das nennen will. Bei allen konsumnahen Angeboten, die es heute am See schon gibt, wäre immer zu überlegen, ob sie ein Stück weit Tourismuswerbung mit transportieren können. Das gilt beispielsweise für den Flughafen Friedrichshafen, das gilt für die Messen am See, das gilt für die Obstbauregion, das gilt für die Bregenzer Festspiele, also ein Kulturevent, das natürlich schon einen deutlichen touristischen Bezug hat. Das gilt möglicherweise einmal für bedeutende Sportvereine, die eine bundesweite Ausstrahlung haben, zum Beispiel im Volleyball den VfB Friedrichshafen. Mit all solchen Partnern kann man etwas machen. Aber das setzt trotzdem voraus, dass man selbst finanziell in der Lage ist, etwas zu bewegen.

Ich habe Ihnen unser Budget geschildert und gesagt, dass wir durch Mitgliedsbeiträge etwa eine Viertelmillion Euro einnehmen. Wir beschäftigen vier oder fünf Leute. Damit sind im Prinzip die Personalkosten abgedeckt, und ab jetzt bräuchten wir Sachmittel. Jetzt müsste es eigentlich erst losgehen. Wenn ich das mit dem vergleiche, was insgesamt im Bodenseeraum für touristische Werbung ausgegeben wird – mit Sicherheit ein Betrag von über 10 Millionen €! Allein die Mainau hat ein Werbebudget, das mehrere Millionen Euro umfasst. Das ist völlig okay, und das sollte man nicht kritisieren; ganz im Gegenteil. Man kann über alles froh sein, was auf diesem Gebiet geschieht. Man muss sich aber dann doch sagen: Das Missverhältnis, was jeder für sich in der Werbung ausgibt, im Verhältnis zur Werbung für die Gesamtdestinationen, ist ausgeprägt. Die einen haben, um die Leute überhaupt an den See zu bringen, ein paar Hunderttausend zur Verfügung.

Ulrich Müller (Baden-Württemberg) stellt klar, die IBT als Werbegemeinschaft könne zunächst nur Kommunikationspolitik betreiben. Der Gast solle auf die Angebote der Region hingewiesen werden.

Er halte es für wichtig, die Zusammenarbeit mit benachbarten Tourismusverbänden auszuweiten. Dies sei für ihn derzeit aber nur eine Randerscheinung. Wichtig wäre es, zunächst einmal auch die bayerischen Kommunen im Allgäu als Mitglieder der IBT zu gewinnen.

Er berichtet, er habe kürzlich einen Vorstoß unternommen, dass die IBK entweder Mitglied der IBT werde oder diese zumindest finanziell unterstütze.

Thomas Gossner (IBK) erläutert, der Ständige Ausschuss der IBK habe eine Zusammenarbeit zwischen IBT und IBK befürwortet. Über eine konkrete finanzielle Beteiligung sei dabei jedoch noch nicht gesprochen worden.

Dr. Gunter Schöbel (Museumsdirektor, Unteruhldingen) spricht sich abschließend dafür aus, die finanzielle und personelle Ausstattung der bodenseelumgreifenden Organisation IBT zu verbessern.

Punkt 6

Archäologie und Wasserbau/Pfahlbauten am Bodensee als UNESCO-Weltkulturerbe?

Kurzreferate

- **Dr. Urs Leuzinger, Konservator Museum für Archäologie, Frauenfeld**
- **Dr. Helmut Schlichtherle, Landesamt für Denkmalpflege, Außenstelle Hemmenhofen**

Diskussion

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) begrüßt die beiden Referenten, Dr. Urs Leuzinger und Dr. Helmut Schlichtherle.

Dr. Urs Leuzinger (Museum für Archäologie, Frauenfeld) referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation. Die dabei gezeigten Bilder sind dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Dr. Helmut Schlichtherle (Landesamt für Denkmalpflege, Hemmenhofen) hält anhand einer PowerPoint-Präsentation anschließend sein Referat. Die dabei gezeigten Bilder sind als Anlage 3 dem Protokoll angefügt.

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) dankt beiden Referenten und stellt fest, er ziehe aus den Referaten den Schluss, dass am Bodensee ein wichtiges Kulturerbe verwaltet und erhalten werden müsse. Deshalb unterstütze er den von Schweizer Seite gemachten Vorschlag, eine Aufnahme als Weltkulturerbe in die Liste der UNESCO zu erreichen.

Er fügt hinzu, auch die baden-württembergische Landesregierung stehe der schweizerischen Initiative, für alle Pfahlbausiedlungen im Alpenbereich einen transnationalen An-

trag an die Welterbeinstitutionen der UNESCO auf Aufnahme in die Liste der Welterbestätten vorzubereiten, sehr aufgeschlossen gegenüber.

Norbert Zeller (Baden-Württemberg) fragt nach der Höhe des erforderlichen finanziellen Aufwands, um die Pfahlbauten am Bodensee – auch die noch nicht erforschten – für die Nachwelt zu erhalten.

Dr. Urs Leuzinger (Museum für Archäologie, Frauenfeld) erläutert, mit der Aufnahme der Pfahlbauten am Bodensee in die Liste der Welterbestätten könne zunächst einmal keine einzige Siedlung erhalten werden. Wenn ein Objekt jedoch auf dieser Liste stehe, sei die Argumentation zugunsten erhaltender Maßnahmen leichter. So könnten Gemeinden unter Hinweis auf das Welterbe beeinflusst werden, Häfen so anzulegen oder eine Uferbebauung so zu gestalten, dass Erosionen gering blieben.

Punkt 7 Verschiedenes

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) stellt fest, zunächst müsse der Vorsitz der Parlamentarier-Kommission Bodensee für das Jahr 2006 festgelegt werden.

Regina Dörig-Kramis (Appenzell Ausserrhoden) teilt mit, die beiden Appenzeller Hauptkantone, Innerrhoden und Ausserrhoden, seien bereit, den Vorsitz für das Jahr 2006 zu übernehmen, nachdem Bayern sich hierzu nicht in der Lage sehe.

Termin der Frühjahrssitzung solle der 31. März 2006 sein. Die Frühjahrssitzung könne in Appenzell Innerrhoden stattfinden, die Herbstsitzung in Ausserrhoden, und zwar am 20. oder 27. Oktober 2006; möglich wäre auch der 3. November 2006.

Die anwesenden Parlamentarier verständigen sich darauf, für die Herbstsitzung den 27. Oktober 2006 vorzusehen.

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) weist darauf hin, er werde zur Präsidentenkonferenz auf Mittwoch, 14. Dezember 2005, nach Stuttgart einladen

Er wirft die Frage auf, welche Themen im Jahr 2006 für die Parlamentarier-Kommission im Mittelpunkt stehen könnten. Er macht darauf aufmerksam, Landtagspräsident Halder von Vorarlberg habe einen Meinungs- und Informationsaustausch zum Einsatz von Gentechnik in der Bodenseeregion angeregt.

Franz Breitenmoser (Appenzell Innerrhoden) gibt zu bedenken, dass die Internationale Gartenbauausstellung 2017, falls die Region hierfür den Zuschlag erhalte, ein sehr nachhaltiges Projekt sei, über das unter Umständen schon gesprochen werden könne. Darüber hinaus könnte die mehrfach erwähnte Studie der Universität St. Gallen diskutiert werden.

Präsident Peter Straub (Baden-Württemberg) schließt, nachdem es keine weiteren Wortmeldungen zum Punkt „Verschiedenes“ gibt, mit einem Dank an alle Anwesenden die Sitzung.
